

UMSCHAU

Hochschultage Berufliche Bildung '82

In der Universität Hannover finden vom **29. September bis 2. Oktober 1982** die HOCHSCHULTAGE BERUFLICHE BILDUNG '82 statt.

Der von der Arbeitsgemeinschaft Hochschultage Berufliche Bildung geplante Kongreß hat sich zum Ziel gesetzt, unter dem Leitthema „Arbeit und Beruf“ in Fachtagungen, Foren und Workshops die berufspädagogische Diskussion über die Probleme der beruflichen Bildung zu fördern.

Die Diskussionen in den Fachtagungen orientieren sich in erster Linie an den Problemen der verschiedenen beruflichen Fachrichtungen sowie an speziellen Einzelfragen. Die Workshops beschäftigen sich mit den inhaltlich und zeitlich übergreifenden Themen beruflicher Bildung. Im Mittelpunkt der Foren hingegen stehen die Diskussionen aktueller fachtagungsübergreifender Themen sowie die Präsentation neuer Unterrichtsvorhaben und -materialien. Eingerahmt werden die Hochschultage durch ein bildungspolitisches Rahmenprogramm.

Die Hochschultage verstehen sich nicht als ein Forum für Fachwissenschaftler; vielmehr sollen in den teilweise parallel stattfindenden Veranstaltungen Berufsschullehrer, Studienreferendare, Studenten, Ausbilder, Hochschullehrer, Fortbildner, Berufsbildungsexperten der Verbände und der Bildungsverwaltungen zentrale Probleme der beruflichen Bildung darstellen, analysieren, bewerten und gemeinsam nach Lösungen suchen.

Anmeldungen und Anfragen:

- Geschäftsstelle Hochschultage Berufliche Bildung '82
c/o Universität Hannover, Seminar für Berufspädagogik,
Wunstorfer Straße 14, 3000 Hannover
- Niedersächsisches Landesinstitut für Lehrerfortbildung,
Lehrerweiterbildung und Unterrichtsforschung,
Keßlerstraße 52, 3200 Hildesheim

* * * * *

Frank Braun / Brigitte Gravalas

Jugendarbeitslosigkeit und Ausbildungskrise

Bericht über eine gemeinsame Dokumentation des Deutschen Jugendinstituts und des Bundesinstituts für Berufsbildung

Die Dokumentationsstellen des Deutschen Jugendinstituts (DJI) und des Bundesinstituts für Berufsbildung (BIBB) erarbeiteten im Zeitraum von 1977 bis 1980 eine Literaturdokumentation zum Thema „Jugendarbeitslosigkeit und Ausbildungskrise“, die nunmehr in der Schriftenreihe „DJI Dokumentation“ des DJI in fünf Bänden vorliegt [1].

Die ersten beiden Bände als bibliographischer Hauptteil der Arbeit dienen dem Nachweis der Literatur zur Jugendarbeitslosigkeit, zu den dazu eingerichteten Gegenmaßnahmen und geführten Diskussionen (Band I) sowie zur parallel dazu geführten Diskussion um die durch die Ausbildungskrise neu aufgeworfenen Fragen der Berufsbildungsreform (Band II). Die Bibliographie, die insgesamt etwa 3 500, durch verschiedene Register inhaltlich erschlossene Titel der veröffentlichten und „grauen“ Literatur umfaßt, richtet sich im wesentlichen an zwei Zielgruppen: an die unmittelbar in Jugendarbeit, Jugendsozialarbeit, Jugendbildungsarbeit, Ausbildung und Schule tätigen Praktiker sowie an diejenigen Personen, die sich in Forschung, Lehre und Politik um eine gesellschaftliche Analyse von Jugendarbeitslosigkeit und Ausbildungskrise bemühen.

An dieselben Adressatengruppen richtet sich auch die mit einem kurzen Problemaufriß versehene Bibliographie zur „Ausbildung der jungen Ungelernten“. Der in diesem Titel zum Ausdruck kommende Widerspruch war durchaus beabsichtigt: Gerade im

Verlauf der durch Jugendarbeitslosigkeit und Ausbildungsplatzmangel geprägten letzten Jahre haben Qualifizierungsmaßnahmen für Jugendliche eine große Ausweitung erfahren, in denen zwar berufliche Fähigkeiten vermittelt werden, jedoch kein in der beruflichen Bildung anerkannter Ausbildungsabschluß erworben werden kann [2].

Die so ausgebildeten Arbeitnehmer haben damit trotz „Ausbildung“ den Status von An- und Ungelernten. Durch die schnelle Ausbreitung der von der Bundesanstalt für Arbeit geförderten „Berufsvorbereitenden Maßnahmen“ ist mit den Trägerorganisationen der „Jugendberufshilfe“ ein Akteur in die berufsbildungspolitische Auseinandersetzung eingetreten, der mit Nachdruck – und in den vielfältigsten Koalitionen – auf die bildungspolitische Entwicklung Einfluß genommen hat. Die Expansion des schulischen Berufsgrundbildungsjahres ist in dieser Zeit schwergewichtig durch eine Ausweitung der Sonderformen für „Jungarbeiter“ und „berufsunreife“ Jugendliche erfolgt, und diese Entwicklung hat eine entsprechende Bedeutung in der bildungspolitischen Diskussion um die schulische Berufsgrundbildung erlangt. Gleichzeitig hat auch die mehr oder weniger formalisierte Anlernung junger Arbeitskräfte in den Betrieben einige Aufmerksamkeit in der Literatur erfahren, obwohl ihre Bedeutung für die Qualifizierung

junger Arbeitskräfte in vielen Wirtschaftszweigen noch weitgehend ungeklärt geblieben ist [3].

Die vorgelegte Bibliographie soll dazu anregen, die sich schon bei einer groben Übersicht über die vorliegende Literatur abzeichnenden Entwicklungen und Probleme gründlicher zu analysieren.

In der Dokumentation zur „Benachteiligung junger Frauen in Ausbildung und Erwerbstätigkeit“ wurde über die Zusammenstellung einer Bibliographie hinaus der Versuch unternommen, die Situation junger Frauen in der Berufsausbildung im dualen System und der anschließenden Berufstätigkeit auf der Grundlage einer Sekundäranalyse statistischer Veröffentlichungen und empirischer Untersuchungen darzustellen.

Danach gibt es in der betrieblichen Berufsausbildung faktisch eine Zweiteilung nach Geschlechtern. Das Bestehen von Ausbildungsberufen, in denen entweder fast ausschließlich Frauen oder aber fast ausschließlich Männer ausgebildet werden, ist ein Ausdruck dieser Teilung. Die Zweiteilung der betrieblichen Ausbildung kann aber auch in den Berufen gezeigt werden, in denen sowohl Frauen als auch Männer ausgebildet werden. Sie liegt hier im Bestehen geschlechtsspezifischer Ausprägungen von Ausbildungsgängen und anschließenden Berufsverläufen [4].

Das „spezifisch weibliche“ in der betrieblichen Ausbildung von Frauen ist oft überwiegend in der Nähe der Tätigkeiten zu Aufgaben in Haushalt und Familie gesehen worden und in ihrer auf Zuarbeit und Assistenz gerichteten Funktion. Darüber hinaus ist es jedoch notwendig, die Kennzeichen der betrieblichen Ausbildung von Frauen in Kategorien zu beschreiben, die beim Interesse der Betriebe an der weiblichen Arbeitskraft ansetzen.

Die betriebliche Ausbildung von Frauen führt überwiegend zu Arbeitsplätzen, die durch relativ geringe Entlohnung, eingeschränkte Aufstiegsmöglichkeiten, große psychische und physische Belastungen und geringe Arbeitsplatzsicherheit bestimmt sind. Es herrschen Bedingungen vor, die die Bereitschaft weiblicher Arbeitskräfte zur zeitweisen Rückkehr in die „Alternativrolle Hausfrau“ teils fördern, teils erzwingen. Eine solche Unterbrechung muß aber nicht notwendigerweise – wie oft angenommen wird – das Interesse der Betriebe an weiblichen Arbeitskräften verringern. In vielen Fällen entspricht sie sogar den Erfordernissen der Betriebe, etwa dann, wenn die Arbeitsbedingungen an solchen Frauenarbeitsplätzen so belastend sind, daß nur junge, körperlich in hohem Maße leistungsfähige Frauen in der Lage sind, sie zu ertragen (und auch nur für eine begrenzte Zahl von Jahren) [5].

Das für viele Frauenarbeitsplätze kennzeichnende Interesse der Betriebe an einer begrenzten Verweildauer von Frauen im Beruf muß im Zusammenhang gesehen werden mit der Tatsache, daß die durchschnittliche Dauer von betrieblichen Ausbildungsgängen bei Frauen kürzer ist als bei Männern [6], und daß Frauen in solchen Ausbildungsgängen überrepräsentiert sind, in denen Auszubildende (etwa in den von der „Edding-Kommission“ ermittelten Werten) weniger Ausbildungskosten verursachen als Ausbildungserträge bringen [7].

Dort wo die Betriebe nur ein auf einige Jahre begrenztes Interesse an der Arbeitskraft haben, verbieten sich langwierige und kostspielige Ausbildungsgänge. Oder: längere und qualitativ anspruchsvolle Ausbildungsgänge sind eine Voraussetzung dafür, daß Frauenarbeitsplätze so gestaltet werden, daß Arbeitskräfte von diesen Plätzen nicht schon nach wenigen Jahren als „nicht leistungsfähig“ oder „zu alt“ verdrängt werden [8].

Die verhältnismäßig geringe Qualität und die enge Betriebsgebundenheit vieler betrieblicher Ausbildungsgänge für Frauen [9] begründet eine doppelte Benachteiligung in der Erwerbstätigkeit: Die Arbeitsbedingungen, die junge erwerbstätige Frauen nach einigen Jahren zu einer Unterbrechung der Berufstätigkeit veranlassen, sind bereits benannt worden. Noch schärfer ist die Benachteiligung bei der Rückkehr in die Erwerbstätigkeit nach mehrjähriger Unterbrechung. Im günstigsten

Falle gelingt eine Rückkehr auf den alten oder einen ähnlichen Arbeitsplatz. Ist dies nicht der Fall, dann bleibt auch für Frauen mit Facharbeiter- und Angestelltenausbildung oft nur der Weg in die An- und Ungelerntentätigkeit [10], da die durchlaufene Ausbildung wegen ihrer geringen Qualität oder ihrer Betriebsgebundenheit für einen Wechsel in andere qualifizierte Tätigkeiten in der Regel nicht ausreicht [11].

Auch dies entspricht Erfordernissen des Arbeitsmarktes: Ihre berufliche Sozialisation in einem Ausbildungsverhältnis und ihre – wenn auch oft im begrenzten Umfang – dabei systematisch angeeigneten Kenntnisse und Fertigkeiten machen die Frauen aus der Sicht der Betriebe für bestimmte Angelerntenpositionen zu attraktiven Arbeitskräften, denn trotz abgeschlossener Ausbildung in einem anerkannten Ausbildungsberuf können sie keine Ansprüche an für Facharbeiter übliche Arbeitsbedingungen und Entlohnung stellen [12].

Die Dokumentation über „Die beruflichen und sozialen Chancen ausländischer Jugendlicher“ aus den Anwerbeländern hat gezeigt, daß diese Gruppe von Jugendlichen, angefangen von den Sozialisationsbedingungen über Berufsorientierung und Schule bis zur Ausbildungs- und Arbeitsmarktsituation allen anderen von Ausbildungs- und Arbeitslosigkeit betroffenen „Problemgruppen“ gegenüber erheblich benachteiligt ist. Damit steht die in manchen bildungspolitischen Programmen und Maßnahmen geforderte berufliche und soziale Integration in augenfälligem Widerspruch zu den realen gesellschaftlichen Verhältnissen und Lebensbedingungen dieser Jugendlichen, so daß, wie Experten in Wissenschaft und Praxis übereinstimmend feststellen, schon heute von einer tendenziell sich abzeichnenden beruflichen und sozialen Segregation der zweiten Ausländergeneration aus der bundesrepublikanischen Gesellschaft gesprochen werden muß [13].

Welche Folgen diese Entwicklung für das künftige Zusammenleben von erwachsenen Deutschen und Ausländern haben kann, ist in der Literatur bislang kaum erforscht. Ziel der vorgelegten Literaturanalyse war es daher auch, für notwendige Untersuchungen über das gegenwärtige Verhältnis zwischen deutschen und ausländischen Jugendlichen die in der Literatur dazu vorgefundenen Informationen sowie eigene Folgerungen daraus bereitzustellen, die im folgenden zusammengefaßt wiedergegeben werden sollen:

– Durch das geltende Ausländerrecht sind die überwiegend aus den Nicht-EG-Anwerbeländern kommenden 15- bis 20jährigen ausländischen Jugendlichen in der Wahrnehmung ihrer beruflichen und sozialen Chancen ihren deutschen Altersgenossen gegenüber von vornherein im Nachteil. Während für die deutschen Jugendlichen die berufliche Erstausbildung per Gesetz eindeutig geregelt ist, sind die komplizierten und schwer interpretierbaren ausländerrechtlichen Ausbildungs- und Arbeitsbestimmungen für die Betroffenen kaum durchschaubar [14].

Das Aufenthaltsrecht läßt eine längerfristige Zukunfts- und Berufsplanung kaum zu; durch das Arbeiterlaubnisrecht (§ 19 AFG) werden Ausländer in Ausbildungs- und Arbeitsmöglichkeiten gegenüber Deutschen nachrangig behandelt. Angesichts dieser Rechtslage, extrem schlechter Lebensbedingungen und einer zerrissenen Sozialisationsgeschichte haben ausländische Jugendliche gegenüber deutschen Jugendlichen ungleich ungünstigere Startchancen für Schule, Ausbildung und Beruf. Obgleich vor allem auch deutsche Arbeiterkinder erschwerten Sozialisationsbedingungen in bezug auf ihre Bildungs- und Berufschancen ausgesetzt sind, kann eine Kommunikation zwischen beiden Jugendlichengruppen schon aufgrund der sprachlichen und sozialen Unterschiede kaum gelingen [15].

Der besondere rechtliche und soziale Status ausländischer Jugendlicher kennzeichnet sie im Kontakt mit den deutschen Altersgenossen als „Menschen zweiter Klasse“ und läßt befürchten, daß die deutschen sich von den ausländischen Jugendlichen in dem Maße negativ abgrenzen werden, je mehr

ihre eigenen beruflichen und sozialen Chancen bedroht sein werden [16].

- Mehr als deutsche Jugendliche mit vergleichbaren Ausgangsbedingungen sind die ausländischen Jugendlichen in ihren Berufswahlmöglichkeiten durch fehlende Zugangsvoraussetzungen, Berufskonzepte und Sprachkenntnisse eingeschränkt. Nicht nur nehmen sie als Ratsuchende die Berufsberatung weit weniger als Deutsche in Anspruch, auch in den bisher angebotenen berufsvorbereitenden Maßnahmen sind sie kaum vertreten [17].

Obwohl ausländische ein ähnliches Berufswahlverhalten wie deutsche Jugendliche aufweisen, und beide Jugendlichengruppen gemeinsam von den bisherigen Mängeln berufsvorbereitender Maßnahmen betroffen sind [18], fehlt es im Bereich der Berufseinmündung an entsprechenden Fördermaßnahmen, die den Ausbildungsinteressen beider Gruppen von Jugendlichen gerecht werden und sie dennoch nicht voneinander isolieren [19].

Ausschließlich auf ausländische Jugendliche konzipierte Maßnahmen, die, wie bisherige Modellmaßnahmen zeigen, in ihrem Effekt für die Ausbildungs- und Berufschancen dieser Jugendlichen umstritten sind, schließen eine soziale und berufliche Gleichstellung mit den deutschen Jugendlichen bereits im Vorfeld von Ausbildung und Berufstätigkeit aus [20].

- Ausländische Jugendliche sind gegenüber deutschen Jugendlichen weit mehr von den Mängeln des gegenwärtigen Ausbildungssystems betroffen, wie insbesondere die Unterversorgung ausländischer Jugendlicher mit betrieblichen Ausbildungsplätzen deutlich macht.

Obgleich auch deutsche Jugendliche von diesen Mängeln, zum Beispiel im Berufsschulbereich, in ihren Berufschancen beeinträchtigt werden, und ausländische wie deutsche Berufsschüler einen verbesserten Berufsschulunterricht wünschen, sind entsprechende notwendige Reformmaßnahmen bisher nicht durchgeführt worden; ausländische Berufsschüler werden nach wie vor überwiegend in Sonderklassen getrennt von ihren deutschen Klassenkameraden unterrichtet sowie durch äußerst ungünstige Unterrichtsbedingungen ihnen gegenüber zusätzlich benachteiligt [21].

Deutsche wie ausländische Jugendliche gehen oft vergeblich auf Lehrstellensuche, müssen denselben betrieblichen Leistungsanforderungen genügen und weisen ein ähnliches Ausbildungsverhalten auf. Dennoch werden Deutsche bei gleichen Eingangsvoraussetzungen in der Regel vor Ausländern bevorzugt als Auszubildende eingestellt. Ausländer scheitern häufiger in der Lehre als deutsche Auszubildende [22].

Die „Zuweisung“ ausländischer Jugendlicher auf unqualifizierte Arbeitsplätze und in, von deutschen Jugendlichen gemiedene, wegen hoher Arbeitsbelastungen ungeliebte Berufe [23] als Folge unzureichender Berufswahl- und Ausbildungsmöglichkeiten führt auf lange Sicht zu einer unüberbrückbaren sozialen Kluft zwischen Deutschen und Ausländern und kennzeichnet die jungen Ausländer wiederum als „Gastarbeiter“ der zweiten Generation.

- Ausländische Jugendliche sind doppelt so häufig von Ausbildungs- und Arbeitslosigkeit betroffen und weit mehr von sozialer Randständigkeit und Kriminalität bedroht als deutsche Jugendliche [24].

Dennoch vergleichen sie sich in Lebensqualität und sozialen Aufstiegsmöglichkeiten mit den deutschen Altersgenossen und empfinden ihre, nicht selbst verschuldete Chancenlosigkeit in zunehmendem Maße als Diskriminierung und Deklassierung. Soziale Spannungen und politischer Radikalismus bei Deutschen und Ausländern sind unter solchen Voraussetzungen in Zukunft nicht auszuschließen [25].

Obwohl auf diese drohende Entwicklung vor allem von Wissenschaftlern und Praktikern der Jugendarbeit wiederholt

hingewiesen wurde, sind entsprechende Reformmaßnahmen in den davon berührten Politikbereichen bislang weitgehend unterblieben. Ob die in letzter Zeit sich häufenden Vorschläge und Konzepte von Bund und Ländern im Hinblick auf eine veränderte Ausländerpolitik, insbesondere für die ausländischen Kinder und Jugendlichen, mehr als programmatische Absichtserklärungen sind und tatsächlich zu einer beruflichen und sozialen Chancenverbesserung der zweiten und dritten Ausländergeneration beitragen können, sollte Gegenstand weiterführender Untersuchungen sein.

Anmerkungen

- [1] Braun, F., Gravalas, B.: Bibliographie Jugendarbeitslosigkeit und Ausbildungskrise (Band I). Situationsanalysen, Maßnahmen, Politische Diskussion. München: DJI Verlag 1980, 345 Seiten; dies.: Bibliographie Jugendarbeitslosigkeit und Ausbildungskrise (Band II). Die Diskussion um die Berufsbildungsreform 1974-1978. ebd. 1980, 144 Seiten; dies.: Die Benachteiligung junger Frauen in Ausbildung und Erwerbstätigkeit. Mit Bibliographie, ebd. 1980, 126 Seiten; dies.: Die Ausbildung der jungen Ungelernten. Bibliographie, ebd. 1981, 178 Seiten; dies.: Die beruflichen und sozialen Chancen der ausländischen Jugendlichen – Integration oder Segregation? Eine Dokumentation, ebd. 1981, 251 Seiten.
Die vorgelegte Dokumentation ist die Fortsetzung bereits vorangegangener, unabhängig voneinander durchgeführter Arbeiten beider Dokumentationsstellen zum Thema „Jugendarbeitslosigkeit“. Während im DJI von Braun, F. und Weidacher, A. 1975/1976 thematisch einschlägige Bibliographien und Dokumentationen erarbeitet wurden, geht die Dokumentation „Jugendarbeitslosigkeit“ am BIBB auf die Initiative und grundlegende Vorarbeiten von J. Bartz zurück.
- [2] Vgl. dazu Bedeutung und Zielsetzung der vollzeitschulischen Jungarbeiterlehrgänge. In: Die Ausbildung der jungen Ungelernten . . . a. a. O., S. 7 ff.
- [3] Ebenda.
- [4] Die Benachteiligung junger Frauen . . . a. a. O., S. 10-12.
- [5] Ebenda. Vgl. insbesondere S. 14-16 und S. 18-20.
- [6] Ebenda. Vgl. z. B. S. 42 f., S. 49.
- [7] Ebenda. Vgl. z. B. S. 19 f., S. 65.
- [8] Ebenda. Vgl. insbesondere S. 20.
- [9] Ebenda. Vgl. z. B. S. 20, S. 44.
- [10] Ebenda. Vgl. z. B. S. 15, S. 17 f.
- [11] Ebenda.
- [12] Ebenda, . . . a. a. O., S. 65-66.
- [13] Die beruflichen und sozialen Chancen . . . a. a. O., S. 64.
- [14] Ebenda, S. 151 ff., S. 155 ff.
- [15] Ebenda, . . . a. a. O., S. 31-53 und S. 148-159.
- [16] Ebenda, S. 172 f.
- [17] Ebenda, S. 80.
- [18] Ebenda, S. 82 f.
- [19] Ebenda, S. 78-83 und S. 87-95.
- [20] Ebenda, S. 93 ff.
- [21] Ebenda, S. 102-118.
- [22] Ebenda, S. 122-136.
- [23] Ebenda, S. 143 ff.
- [24] Ebenda, S. 159 ff., S. 170 f.
- [25] Ebenda.

Jugendliche, die einen Ausbildungsplatz suchen, haben seit kurzem in Frankfurt/Main die Möglichkeit, einmal wöchentlich an einem „Nachmittag der offenen Tür“ ohne Voranmeldung die Ausbildungseinrichtungen der Betriebe zu besuchen, um sich dort über die unterschiedlichsten Ausbildungsberufe zu informieren.

Die auf Initiative der IHK Frankfurt und der „Jungen Unternehmer“ hin zustandegekommene Aktion findet bei Eltern und Schülern regen Zuspruch.